



01/2019

„STEUERN SENKEN! WENN NICHT JETZT, WANN DANN?“

Sankt Augustin, 17. Januar 2019 „Ey krass, wie redest Du, Alter?“ Unsere Jugend versteht die Politik schon lange nicht mehr! Denn zahlreiche gewährte politische Wohltaten werden heute zu Lasten ihrer Generation finanziert. Nicht nur bei den Renten bestimmen teure Wahlgeschenke immer häufiger regierungspolitisches Handeln. Drei schwarz-rote Regierungskoalitionen unter Führung von Frau Merkel haben es zur Tradition werden lassen, mit immer mehr Steuergeldern kurzfristig die Gunst bestimmter Wählergruppen einkaufen zu wollen.

Im Jahr ihrer ersten Regierungsübernahme 2005 lag das Steuereinkommen bei 452 Mrd. Euro. Bis 2018 stiegen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden auf 775,3 Mrd. Euro. Verantwortlich dafür sind die gute Konjunktur, die Beschäftigungslage und stetig steigende Steuereinnahmen. Hier ist vor allem die Belastung der Arbeitseinkommen ein ergiebiger Quell für die Finanzen von Vater Staat.

Mit Blick auf EU-Länder wie Frankreich oder Großbritannien, die Steuersenkungen durchgeführt haben, steht Deutschland als Exportweltmeister inzwischen wie ein Hochsteuerland da: Mal ganz abgesehen von den USA. Allein um die Standortattraktivität zu sichern, bedarf es Steuerreformen! Und die Bürger hätten es auch längst verdient. Der SOLI wird 30 Jahre nach seiner Einführung nicht mehr gebraucht. Das Auslaufen des Solidarpakts II zum Ende des Jahres 2019 wäre eine gute Gelegenheit, um das Kapitel Soli zu schließen. Wenn nicht jetzt, wann dann: Denn der Staat kann sich das leisten.

Aber anstatt jetzt endlich einmal die Steuerbelastung für alle zu senken und den Bürgern, dem Handwerk und der Industrie einen höheren Anteil ihrer erarbeiteten Gelder zu belassen, suchen die beiden Regierungsparteien aktuell im engen Schulterschluss nach immer neuen Möglichkeiten, dies um jeden Preis zu vermeiden.

Der Steuerzahler schaut dabei in die Röhre. Dabei wäre es an der Zeit, dass die Politik einmal ihre Wertschätzung für die Leistungen derjenigen zeigt, die die Steuerlast in diesem Lande stemmen. Zu blankem Hohn verkommt dabei die Erklärung von Minister Scholz, den Solidaritätszuschlag für die 10 Prozent Beitragszahler bestehen zu lassen, die ohnehin den größten Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Und das sind nicht in erster Linie Millionäre, Herr Scholz. Es sind die Leistungsträger im Mittelstand, die nicht zuletzt in den Handwerksbetrieben Tag für Tag für den wirtschaftlichen Erfolg dieses Landes arbeiten.

Ein Umdenken der Politik ist gefragt: Die letzten Wahlergebnisse haben deutlich gezeigt: staatliche Wohltaten nach Gießkannenprinzip helfen den regierenden Parteien an der Wählerurne kaum. Zudem hat eine aktuelle Studie des Basel Institute of Commons and Economics herausgefunden, dass wir Deutsche im Vergleich zu Bürgern anderer Nationen eigentlich ganz gerne Steuern zahlen. Voraussetzung dafür ist und bleibt allerdings, dass bei den Abgaben Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt und mit dem Geld auch verantwortungsvoll umgegangen wird!

Helmut Bramann ist Hauptgeschäftsführer des ZVSHK

Portrait zum Download <https://www.zvshk.de/presse/medien-center/bilddatenbank/hauptamt/>